

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Energie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dieter Janecek, Dr. Bettina Hoffmann, Anja Hajduk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 19/16522 –**

**Rohstoffwende zum Schutz von Menschenrechten und für eine nachhaltige
Entwicklung der Industrie**

A. Problem

Änderung bei der Rohstoffstrategie in Richtung auf effizientes Wirtschaften sowie eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/16522 abzulehnen.

Berlin, den 11. März 2020

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Ulrich Freese
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Ulrich Freese

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/16522** wurde in der 149. Sitzung des Deutschen Bundestages am 5. März 2020 an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie zur Federführung sowie an den Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit ihrem Antrag fordert die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Richtungsänderung bei der Rohstoffstrategie. Im Mittelpunkt müssten effizientes Wirtschaften sowie eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs stehen. Im Sinne einer Kreislaufwirtschaft sollten etwa Produkte so gestaltet werden, dass die Einzelteile möglichst sinnvoll wiederverwendet werden könnten. Die Bundesregierung solle sich auf EU-Ebene für neue Effizienzstandards einsetzen, die den gesamten Lebenszyklus eines Produkts berücksichtigten. Zudem gelte es zu prüfen, inwiefern finanzielle Anreize den Rohstoffverbrauch senken könnten. Die Bundesregierung wird zu einem Preis für Kohlendioxid von anfangs 60 Euro pro Tonne aufgefordert. Dabei sollten Ausgleichsmaßnahmen in den Blick genommen werden, um Anreize für den Einsatz von recyceltem Material zu schaffen. Weiter thematisieren die Antragsteller ein Recht auf Reparatur, Recyclingquoten und Abfallvermeidung.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 85. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 65. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 50. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 49. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 51. Sitzung am 11. März 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Energie hat den Antrag auf Drucksache 19/16522 in seiner 64. Sitzung am 11. März 2020 abschließend beraten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass Metalle und Seltene Erden nicht erneuerbar seien. Deshalb sei ein verantwortungsvoller Umgang mit Rohstoffen auch in ökonomischer Hinsicht sehr sinnvoll. Das Thema Kreislaufökonomie müsse deutlich stärker betont werden. Dies gelte auch unter dem Aspekt der Menschenrechte und der Bedingungen in den Ländern, in den Rohstoffe geschürft würden. Dies sei der Fokus ihres Antrages. Notwendig sei eine Rohstoffwende, weil die bisher von der Bundesregierung in diesem Bereich vorgelegten Vorschläge sich nur auf den Bedarf der Industrie fokussiere. Sowohl die CDU/CSU-Fraktion als auch die Fraktion der SPD hätten zu der Frage eines Lieferkettengesetzes Parteitagsbeschlüsse gefasst, während nun die Bundesregierung verlauten lasse, dass dies nicht notwendig sei. Hier vertrete die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dezidiert eine andere Auffassung. Notwendig seien in diesem Bereich mehr Transparenz und eine Sanktionierbarkeit.

Die **Fraktion der FDP** begrüßt das Vorhaben der Bundesregierung, die Rohstoffstrategie zu aktualisieren. Allerdings gingen die Pläne der Bundesregierung nicht weit genug. Die bisherigen Ansätze der deutschen Rohstoffpolitik seien nicht mehr zeitgemäß. Eine moderne Rohstoffpolitik müsse viel stärker auf europäischer Ebene stattfinden. Zukunftsweisende Ressourcengebiete wie etwa die Tiefsee oder der Weltraum verdienten eine stärkere Beachtung. In einem ersten Schritt komme es darauf an, die rohstoffpolitischen Ansätze auf nationaler Ebene zu stärken, bevor man sich mittelfristig der Europäischen Union zuwende. Durch die aktuellen technologischen industriepolitischen Entwicklungen müsse die Rohstoffsicherheit in Deutschland gewährleistet werden. Ein Großteil der in Deutschland benötigten Rohstoffe stamme nicht aus Deutschland oder Europa. Daher sei die sichere Versorgung mit relevanten Rohstoffen ein zentraler unerlässlicher Aspekt. Um im internationalen Gefüge den Wohlstand und die deutsche Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen, sei Deutschland auf einen stabilen Nachschub an Rohstoffen angewiesen. Aus diesem Grund schlage die Fraktion der FDP die Einrichtung einer nationalen und perspektivisch europäischen Rohstoffreserve vor, um Engpässe und Preisspitzen zu vermeiden. Die Achtung der Menschenrechte und die Einhaltung von Umweltstandards seien für die Fraktion der FDP ebenfalls sehr wichtige Aspekte, die es zu beachten gelte.

Die **Fraktion DIE LINKE** hob hervor, Deutschland sei unstreitig ein moderner Industriestaat, der auf Rohstoffe angewiesen sei, die größtenteils importiert werden müssten. Die Frage der Abbau- und damit der Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern spiele so gut wie keine Rolle in der nationalen Rohstoffpolitik. Bei der Diskussion von Freihandelsabkommen hingegen könne die Freiheit gar nicht groß genug sein. Kunden und Käufer von Produkten zeigten erfreulicherweise eine zunehmend höhere Sensibilität für die Bedingungen der Rohstoffgewinnung in anderen Ländern. Nicht nur Preis und Qualität des Produktes spielten für die Endverbraucher eine Rolle. Der Bereich Recycling und Ressourcenschonung komme in den Überlegungen der Koalition viel zu kurz. Hier werde ein dringender Änderungsbedarf sichtbar.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legte dar, eine sichere nachhaltige Rohstoffversorgung sei für Deutschland als Industriestandort und Exportnation von überragender Bedeutung. Die neuen technologischen Herausforderungen, vor denen die Industrie in Deutschland stehe – E-Mobilität, Energiewende, Klimaschutz, Digitalisierung – veränderten auch den Rohstoffbedarf. Dabei würden ökologische, ökonomische und soziale Aspekte im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt. Um diese Ziele zu erreichen, habe die Bundesregierung siebzehn konkrete Maßnahmen beschlossen. Die Fraktion der CDU/CSU begrüße, dass sich die Bundesregierung verstärkt für ein Recycling von Rohstoffen und für eine Rohstoffgewinnung im Inland einsetze. Die Akzeptanz für heimische Rohstoffgewinnung und -sicherung, d. h. das gesellschaftliche Verständnis für die Bedeutung heimischer Bodenschätze, sei ebenfalls wichtig. Es sei richtig, dass die Strategie den Themen Nachhaltigkeit in Deutschland wie auch in Entwicklungs- und Schwellenländern, Transparenz sowie internationale Zusammenarbeit in der Rohstoffpolitik breiten Raum einräume. Auch die Weiterentwicklung der Außenwirtschaftsförderung mit dem Ausbau der ungebundenen Finanzkreditgarantien sei ein wichtiges Signal. Die Fraktion der CDU/CSU unterstütze die Ausrichtung auf innovative Rohstoffprojekte mit einem starken Entwicklungseffekt, um Wertschöpfung und eine nachhaltige Rohstoffbewirtschaftung zu fördern. In dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei

ein umfangreicher Maßnahmenkatalog enthalten, den die Fraktion der CDU/CSU so nicht teile. Dies betreffe unter anderem die Einführung eines Pfandsystems für elektronische Geräte und ein Lieferkettengesetz.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung mit dem Bundesarbeitsminister zur Frage eines Lieferkettengesetzes gute Eckpunkte vorgelegt habe, die leider vom Bundeswirtschaftsminister und vom Bundeskanzleramt im Moment gestoppt worden seien. Der Bericht der Bundesregierung zum Thema Rohstoffe mache deutlich, dass ein nachhaltiges Wirtschaften, wie dies mit der Energiewende angegangen werden solle, nur dann gelingen könne, wenn die Rohstoffe, die für Elektromobilität, für Speichertechnologien für Windkraftanlagen und für Solaranlagen benötigt würden, jederzeit sicher und vernünftig zur Verfügung gestellt werden könnten. Der Bericht mache deutlich, dass Deutschland in dieser Frage in hohem Maße exportabhängig sei. Deutschland verfüge in einigen Regionen auch über eigene Rohstoffe wie Kupfer oder Lithium. Dort müssten dann die Voraussetzungen für einen Abbau geschaffen werden. Rohstoffe aus Krisenregionen dürften nicht gegen die Menschen eingesetzt werden. Diesem Ziel habe die EU-Richtlinie gedient, deren Umsetzung der Ausschuss vor kurzem auf den Weg gebracht habe. Auch müsse über ein Lieferkettengesetz sichergestellt werden, dass sowohl Arbeitsbedingungen als auch Umweltbedingungen in den Regionen, in denen diese Rohstoffe zur Verfügung stünden und die für die deutsche und europäische Nachhaltigkeitspolitik gebraucht würden, auch eingehalten würden. Man könne und dürfe sich nicht zu Lasten Dritter hier einen schlanken Fuß machen.

Die **Fraktion der AfD** begrüßte, dass die Bedeutung der Rohstoffversorgung auch im Fokus der Bundesregierung angelangt sei. Das sog. 17-Punkte-Paket der Bundesregierung enthalte einige begrüßenswerte Tendenzen. Einige Aspekte seien allerdings durchaus kritikwürdig. So gebe es seit vielen Jahren eine neue Technologie zum Recycling von Indium aus Elektronikschrott. Es fehlten aber Anreizsysteme oder Steuerungsmaßnahmen für die Industrie, diese Technologien auch umzusetzen. Auch die Durchsetzbarkeit internationaler Abkommen stelle einen wichtigen Aspekt dar, wenn man die Situation in den betreffenden Ländern verbessern wolle. Der ideologisch angetriebene Ausstieg aus der Kernenergie habe dazu geführt, dass zusätzlich Millionen Tonnen Kohle verstromt würden. Dort habe man den Teufel mit dem Beelzebub ausgetrieben. Der Antrag der Fraktion der FDP enthalte einige zu begrüßende Aspekte, der Antrag der Fraktion DIE LINKE. sei abzulehnen, weil er zu einem Bürokratiemonster führe.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, AfD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/16522 zu empfehlen.

Berlin, den 11. März 2020

Ulrich Freese
Berichterstatter

